

LAURENS - KOMMUNAL-AKTUELL

Bürger

SPD-ZEITUNG FÜR LAURENSBERG,

VETSCHAU, ORSBACH, VAALSERQUARTIER, KULLEN, SOERS, STEPPENBERG

In dieser Ausgabe

| | |
|--|--------|
| Der Neue ist ein Alter | S. 1 |
| Laurensberger SPD gegen Verpackungsmüll | S. 2 |
| Fußgängerfreundlicher Steppenberger | S. 2 |
| SPD-Laurensberg wählt einen neuen Vorstand | S. 3 |
| Die Älteren gehören in die Mitte unserer Gesellschaft | S. 3 |
| 5 Jahre SPD Politik in und für Laurensberg | S. 4-6 |
| z.B. Kindergärten und Schulen | S. 6 |
| Aktuelles aus Laurensberg | S. 7 |
| Grenzübergang Vaals | S. 8 |
| Frauen brauchen eine starke Lobby | S. 9 |
| Familienlastenausgleich | S. 10 |
| R. Scharping: Steuerlücke von 1990 darf sich nicht wiederholen | S. 10 |
| Und der Bart bleibt dran | S. 11 |
| Verkehrszeichen 325 STVO | S. 12 |
| Die roten Socken der CDU | S. 12 |
| OB Linden: Aachen ist zu schade, um wieder schwarz zu werden | S. 13 |
| Die Fakten sprechen gegen Kohl | S. 14 |
| Telefonkette der Aachener Senioren | S. 14 |
| Hot-Line in Laurensberg | S. 15 |
| Wer rechts wählt, verdient keine Entschuldigung | S. 15 |
| Silbenrätsel | S. 16 |

Der Neue ist ein Alter

Die Laurensberger SPD geht mit neuen Kandidaten, aber erfahrenen Männern in den Kommunalwahlkampf

Die Wirren um den ehemaligen Aachener Europaabgeordneten Dieter Schinzel sind auch an Laurensberg nicht spurlos vorübergegangen. So wechselte noch kurz vor der Kommunalwahl im Oktober der langjährige Stadtrat und anerkannte Verkehrs-Experte Jürgen Bartholomy in den Wahlkreis 1 (Markt), den bisher jahrelang Dieter Schinzel innehatte. Diese Entscheidung Bartholomys ist aus verkehrspolitischer Sicht richtig, weil die wichtigsten Entscheidungen in diesem Bereich für die Innenstadt getroffen werden.

Für Vaalserquartier und die Laurensberger SPD ist das aber ein herber Verlust.

Ein neuer Kandidat war gefordert, einer, der von seiner Kompetenz die Nachfolge Jürgen Bartholomys problemlos übernehmen konnte; und so war das naheliegendste, daß die SPD den seit mehreren Jahre an der Fraktionsspitze der SPD Bezirksvertretung Laurensbergs stehende Klaus Becker aus Vaalserquartier für den Wahlkreis Vaalserquartier nomi-

nierte.

Mit großer Mehrheit wurde Becker vom SPD-Ortsverein Laurensberg gewählt, und die Kreiswahlkonferenz setzte ihn auch kurze Zeit später auf



Klaus Becker (links) und Dr. Meino Heyen (rechts) mit Achim Großmann, MdB vor dem Sandhäuschen

den sicheren Listenplatz 6, den bis dahin J. Bartholomy innehatte.

So werben nun mit Klaus Becker für Vaalserquartier und Dr Meino Heyen für Laurensberg zwei neue Gesichter für die SPD um die Gunst der Wähler für ein Stadtratsmandat.

Die Laurensberger SPD ist sicher, für den Aachener Stadtrat gerade mit diesen beiden Kandidaten die geeigneten Bewerber dem Bürger vorzuschlagen.

So bringt Klaus Becker die jahrelange Erfahrung als Fraktionssprecher und

Sachkundiger Bürger im Schulausschuß mit. Vielen ist er durch sein Engagement bei seiner stadtteilbezogenen Arbeit bekannt. Ob es um den Winterstreudienst zur Schulwegsicherung geht oder um die Organisation des Steppenberger Fußballturniers. In Klaus Becker finden die Bürger immer einen Ansprechpartner, der ihre Probleme und Anregungen aufgreift, und auf dessen Unterstützung sie rechnen können. Dr Meino Heyen, ebenfalls Sachkundiger Bürger im Stadtentwicklungsausschuß, genießt schon heute wegen seiner Sachkompetenz großes Ansehen in der SPD-Stadtratsfraktion. Sein ständiges Bemühen, Möglichkeiten auszuloten, neue Arbeitsplätze nach Aachen zu holen, hat ihn auch schon schnell in Kontakt gebracht mit überregionalen SPD-Politikern wie dem neuen Europaabgeordneten Martin Schulz oder dem wohnungsbaupolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Achim Großmann, die Dr. Meino Heyen in den letzten Monaten zu Gesprächen nach Laurensberg holte.

Die Laurensberger SPD ist sicher, daß auch die Laurensberger Bevölkerung die Sachkompetenz der beiden Neuen anerkennt und die SPD Kandidaten am 16. Oktober unterstützen wird.

Laurensberger SPD gegen Verpackungsmüll

Schon kurz nach Bekanntwerden der **Verpackungssteuer in Kassel** forderte auch die **Laurensberger SPD** die **SPD-Stadtratsfraktion** auf, in Aachen eine solche Verpackungssteuer zu erheben. Damit will die **SPD Laurensbergs** den ökologischen Unsinn der Wegwerfgesellschaft bekämpfen und ihre umweltbewußte Arbeit der letzten Jahre fortsetzen (wir berichteten in mehreren **LaurensBürgern** darüber).

Da nun von höchstrichterlicher Stelle die Stadt Kassel das Recht bekommen hat, eine Steuer auf Plastikbecher, Plastikteller und Kunststoffbesteck zu erheben, steht der Stadt Aachen nichts mehr im Wege, ähnliches zu tun. Fast-food-Ketten wie McDonald's mögen zwar zeternd und auch betonen, sie entsorgten ihren Abfall selber, zu fragen bleibt aber, was passiert mit dem Müll, wer reinigt den Platz rings um die Imbißstube, um das Fast-food-Restaurant, auf dem Marktplatz?

Der deutschen Eßkultur ist es sicherlich förderlich, wenn statt auf einem Pappteller, wieder auf einem Porzellanteller serviert, wenn die Limo statt aus einem beschichteten Becher wieder aus einem Glas getrunken wird. Wenn König Kunde allerdings partout nicht auf die Pappe verzichten will, dann - bitte schön - soll er auch den tatsächlichen Preis für die Entsorgung zahlen, denn sonst wird wieder die Allgemeinheit zur Kasse gebeten.

Sollte McDonald denn tatsächlich, wie die **WOCHE** in ihrer Ausgabe am 25. August 1994 kommentiert, "seine Drohung wahrmach[en], wieder über den großen Teich nach Amerika zu verschwinden - na bitte. Um diese Art von Lebensqualität, Eßkultur und Müll sollte niemand trauern. Jede Träne ist zu schade."

Fußgängerfreundlicher Steppenberg

So oder ähnlich könnte in fünf Jahren - vor der Kommunalwahl 1999 - der Slogan einer Aachener Partei lauten, wenn die Entwicklung bei der Anmeldung von PKWs in Neu-

baugebieten wie dem Steppenberg anhält. Im Bebauungsplan muß jeder Neubauinteresent mindestens einen Stellplatz für sein Privatauto ausweisen. Die meisten halten sich auch an diese Regelung, einige Häuslebauer haben sogar zwei Stellplätze, andere wiederum haben ihren Stellplatz zwar mit Rasengittersteinen ausgelegt, ihn aber schön eingezäunt und stellen ihren Privat-PKW auf eine öffentliche Stellfläche. So weit - so gut, wären da nicht Besucher, die hier und da auch in Neubaugebieten auftauchen und immer häufiger auf Parkplatzsuche gehen müssen. Aber

der Steppenberg ist doch nicht die Aachener Innenstadt, wo mittlerweile die Parkraumnot sprichwörtlich ist, wird so mancher sagen. Noch nicht - sagt der Chronist - aber bald. Der Trend zum Zweitauto scheint in vielen Neubaugebieten

unaufhaltsam zu sein, die ersten Kinder der meist kinderreichen Familien in diesen Stadtteilen werden älter und verlangen auch einen motorisierten Untersatz. Was tun mit dem Dritt-, dem Viertauto?

Wer heute abends über den Steppenberg wandert, wundert sich schon jetzt über die Menge der Nobelkarossen, die, in den Parktaschen stehend, die Straßen säumen. Was wird daraus erst in fünf Jahren?

Was ist zu tun?

Sollte man demnächst auf's Auto ganz verzichten. Warum ich? - der Nachbar soll doch zuerst einmal sein Zweitauto abschaffen.

Das Zauberwort der Zukunft heißt **Car Sharing**. **Car Sharing** ist die moderne Form des Autogebrauchs, ist das Verkehrssystem der Zukunft, ist die umweltfreundliche Alternative zum Privat-PKW. Viele Menschen benutzen wenige Autos gemeinsam, ohne dabei ihre Mobilität einzuschränken. Der neu gewonnene Raum dient dann den Menschen, nicht dem Auto.

Inzwischen ist das **Car sharing** durch

den **ECS (European Car Sharing)**, dem Dachverband der Europäischen Car Sharing Organisationen europaweit verbreitet, was den Teilnehmern am **Car Sharing** in ganz Europa zwischen Wien und Amsterdam das Benutzen von schon mehr als 500 Autos ermöglicht. Die Zahl der angeschlossenen Städte wächst ständig. So kann man z.B., wenn man in Aachen am **Car Sharing** teilnimmt und eine Privat- oder Geschäftsreise nach Freiburg unternehmen muß, bequem mit dem Zug dorthinreisen und sich dort ein **Car Sharing Auto** bestellen, mit dem man



dann die Umgebung bereist. Bequemer geht's nicht mehr. Auch in Vaalserquartier kann man sich an diesem **Car Sharing** beteiligen. In Aachen heißt diese moderne Art der Mobilität **Stadtteilauto**. Das nächste steht (fast) ständig bereit an der **Vaalser Str./Ecke Schurzelterstr.** Die Buchung des Fahrzeugs erfolgt telefonisch - rund um die Uhr. Sie müssen dann nur noch den Autoschlüssel in einem nahegelegenen Tresor abholen und können losfahren. Mit Wartung, Pflege und Reparatur haben Sie nichts zu tun, die Nutzung ist billiger als der Kauf und die Unterhaltung eines Privatwagens und Sie schaffen Lebensraum durch Verringerung der angemeldeten Autos. (Siehe dazu auch das letzte Test-Heft der Stiftung Warentest)

Sind Sie neugierig geworden?

Informationen über das Stadtteilauto in Vaalserquartier erhalten Sie bei
 - der Redaktion des **LaurensBürgers**,
 (Toni Göckler) Tel. 8 69 64,
 - Elisabeth Paul, Tel. 87 02 15
 - **Stadtteilauto Car Sharing**
 Tel. 53 60 83

SPD Laurensberg wählte neuen Ortsvereinsvorstand

Toni Göckler führt die Laurensberger SPD für weitere zwei Jahre

Auf ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung wählte die Laurensberger SPD den 45-jährigen Lehrer Toni Göckler für weitere zwei Jahre zu ihrem Vorsitzenden.

Bevor es jedoch zur Neuwahl des SPD-Vorstands kam, diskutierte die Versammlung ein Programm für die kommenden zwei Jahre, das noch vom alten Vorstand erarbeitet worden war. Unter dem Arbeitstitel **kinderfreundliches**

Laurensberg wurde ein neues Konzept vorgestellt, bei dem sich die Laurensberger SPD jeweils projektbezogen der Laurensberger Kommunalpolitik widmen und sich in einem ganzheitlichen Ansatz den anfallenden Problemen stellen will.

Einig war sich die Versammlung darüber, daß man mit diesem Projekt keinen Wettbewerb wie "Unser Dorf soll schöner werden" ausrufen will, sondern Ausgangspunkt für einen solchen Themenschwerpunkt ist vielmehr die Frage: Warum wird es in unserer Gesellschaft immer unattraktiver und schwieriger, Kinder zu haben? Haushalte mit Kindern befinden sich in der Bundesrepublik mit einem Anteil von 40% bereits in der Minderheit. Bei einer Analyse der Lebensbedingungen der Menschen speziell in Laurensberg will die SPD gezielt aus der Perspektive der Kinder bestimmte politische Themen erörtern. Dazu gehören Überlegungen zur Wohnsituation in Laurensberg und Vaalserquartier genauso wie damit gleichzeitig verbundene Fragen zur Kindergarten- und Schulsituation. Sozialeinrichtungen (Jugend-

zentrum, Altenwohnungen etc.), Untersuchung der Verkehrsverhältnisse oder Gedanken zum sozialen Zusammenleben von jung und alt spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine große Rolle. Ein **kindertaugliches** Wohnumfeld kommt allen Bewohnern des Stadtviertels zugute. Die Laurensberger Sozialdemokraten erhoffen sich von einem solchen Herangehen an Politik eine größere Bereitschaft inter-



(Der neue Ortsvereinsvorstand der SPD in Laurensberg)
(es fehlen A. Tiltmann und H. Efes)

essierter Bürger zur Mitarbeit und eine noch effektivere Arbeit in der Bezirksvertretung Laurensbergs. Das neue Konzept wurde einstimmig angenommen.

Neben diesem kommunalpolitischen Schwerpunkt werden auch in den kommenden Jahren die **Laurensberger Sonntagsgespräche** fortgeführt, die in den letzten Jahren sehr gut besucht waren und in denen zu aktuellen allgemeinpolitischen Themen gut ausgesuchte Fachleute referierten.

Die anschließende Wahl verlief dann sehr harmonisch, weil die Versammlung mit der Arbeit der bisherigen Vorstands zufrieden war und viele Mitglieder des alten Vorstands sich zur Wiederwahl stellten.

Neben Toni Göckler wählte die Laurensberger SPD zu gleichberechtigten Stellvertretern Annette Tilt-

mann und Rolf Kühnle. Kassierer wurde wieder Alfred Scheller, Schriftführer Heiner Wimmershoff. Zu Beisitzern wurden gewählt Bruni Nevels als Senioren- und Ingelore Scheller als Frauenbeauftragte; die SPD-Bezirksvertreterin Helga Efes sowie der Laurensberger SPD-Stadtratskandidat Meino Heyen sollen den Kontakt zur Bezirksvertretung und zur Ratsfraktion aufrechterhalten.

Ulrich Klose:

Die Älteren gehören in die Mitte unserer Gesellschaft

Engagement und Initiative enden nicht im Ruhestand. Im Gegenteil. Freiheit von beruflicher Verpflichtung z.B. schafft oftmals erst den Freiraum für neue Aktivität. Die Älteren wollen und sollen aktiv am öffentlichen Leben teilhaben. An den Rand gedrängt fühlen sich viele ältere Menschen. Das darf nicht so bleiben, und es wäre auch töricht in einer Gesellschaft, deren Bevölkerung massiv altert. Die Älteren gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Voraussetzung einer modernen Alterspolitik ist im übrigen die Korrektur überholter Altersbilder. Unsere Arbeitsgemeinschaft **SPD 60 Plus**, deren Vorsitzender ich bin, ist als Interessenvertretung gegründet worden.

Selbstverständlich wollen wir uns am Gemeinwohl orientieren. Wir sagen auch: Alle Parteien sollen

sorgsam umgehen mit dem Kapital, das die Älteren verkörpern. Und sie sollen sich eins immer klar machen: Mehrheiten sind ohne die Unterstützung der Älteren nicht zu gewinnen.

Wenn Sie mehr über unsere Arbeit in Laurensberg wissen möchten, wenden Sie sich an die Seniorenbeauftragte des Ortsvereins:

Bruni Nevels, Tel.: 1 21 54



Fünf Jahre SPD - Politik in Laurensberg

Eine

Zugegeben...

...Millionenprojekte haben wir in Laurensberg nicht geschaffen, aber wir haben viele, kleine Maßnahmen ins Leben gerufen, die Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger das tägliche Leben erleichtern und sicherer machen.

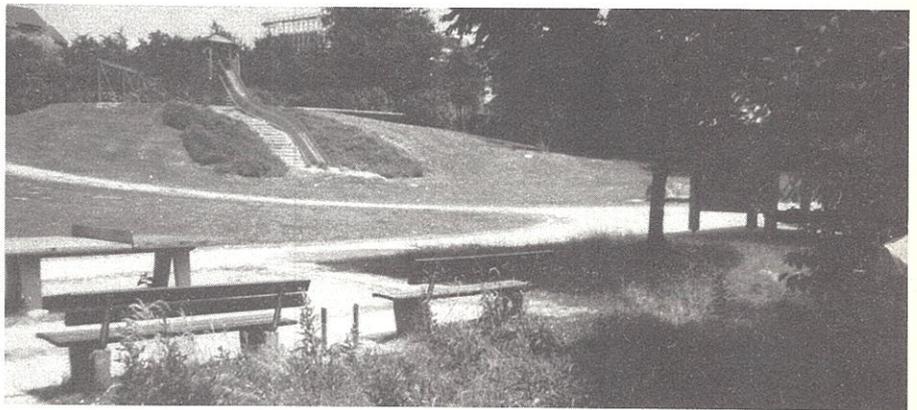
Wir zeigen Ihnen nachfolgend einige Beispiele im Bild; sicherlich kennen Sie die ein oder andere Stelle.



Der Gehweg entlang der Gallierstraße wurde auf SPD-Antrag verbreitert, um die Sicherheit der Fußgänger (hier besonders der Schulkinder) auf dieser stark abfallenden Strecke zu erhöhen; außerdem wurden auf dem Steppenberg ebenfalls nach SPD-Antrag die markanten Hinweisschilder der Verkehrswacht aufgestellt.



Der Spielplatz an der Schurzelter Straße wurde, einem SPD-Antrag entsprechend, für 11.400 DM neu gestaltet. Neben einem neuen Sandspielbereich finden die Kinder dort zusätzlich einen Baukran, eine Wippe und einen Spieltisch. Außerdem gibt es ein sechseckiges Treffpunktthaus für Jugendliche und eine gepflasterte Fläche mit drei Bänken, auf der Anwohner z.B. ein



kleines Grillfest feiern können. Im Hintergrund sehen Sie die neue

"Arche", das evangelische Gemeindezentrum, im Rohbau. Dort entsteht auch ein neuer Kindergarten, der den Bedarfsdeckungsgrad im Raum Kullen und Vaalserquartier nach Fertigstellung erheblich verbessern wird. **Service für Busbenutzer** Nach entsprechenden Anträgen der SPD-Fraktion wurden an den Haltestellen Grenze und West-

friedhof Fahrkartenautomaten aufgestellt. Auch wurde zur besseren Orientierung die Haltestelle "Neuenhof" in "Steppenberg" umbenannt.

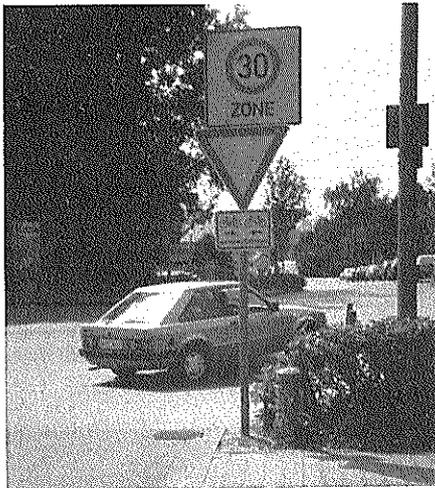
Die SPD beantragte, den ehemaligen Grenzübergang an der Alten Vaalser Straße so zu gestalten, daß Fußgänger mit Kinderwagen, aber auch Fahrradfahrer passieren können, ohne abenteuerliche Kunststücke zu vollbringen, und natürlich ohne Mitmenschen zu gefährden. Die Verwaltung öffnete Durchfahrtsmöglichkeiten, das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Fünf Jahre SPD-Politik für Laurensberg

Bestandsaufnahme

Sicherheit für Radfahrer

Ein umfangreicher, mit detaillierten Vorschlägen bestückter Antrag der SPD erbrachte viele Verbesserungen für Radfahrer in unserem Stadtbezirk. Zum Beispiel werden Autofahrer, die den Parkplatz eines großen Einkaufszentrums an der Schurzelter Straße verlassen, nun darauf hingewiesen, daß sie mit beidseitigem Radverkehr rechnen müssen.



Die Kreuzung Alte Vaalser Straße/Burgstraße sieht leider nicht immer so friedlich aus wie auf unserem Bild. Durch beidseitiges Parken wird

auszusprechen, um die Sichtverhältnisse und somit die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu verbessern.

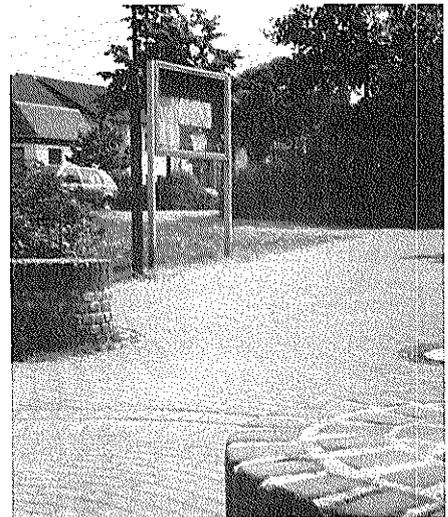
Stein des Anstosses

Die Teilspernung der Keltenstraße - zunächst als Provisorium zur Schulfloherweiterung während des Anbaus der Grundschule eingerichtet - hat bei



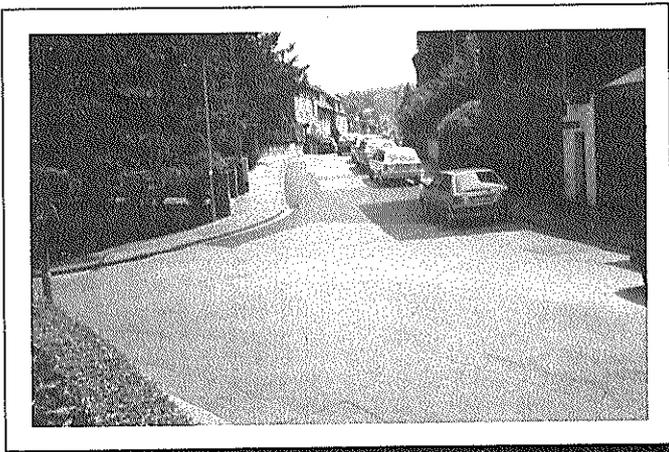
einigern unmittelbaren Anwohnern zu heißen Diskussionen geführt. SPD und Grüne hatten vorgeschlagen, die Teilspernung beizubehalten, um so funktionell, sinnvoll und preiswert einen Dorfplatz für Vaalserquartier zu erhalten. Nach einer Bürgerversammlung werden nun Details neu überlegt und in die Planungen miteinbezogen.

Wohngebietes aktuell in Formationen zu Abfallentsorgung, Kompostcontainern, Bekanntmachungen der Verwaltung und Sitzungen der Bezirksvertretung dort erfahren.

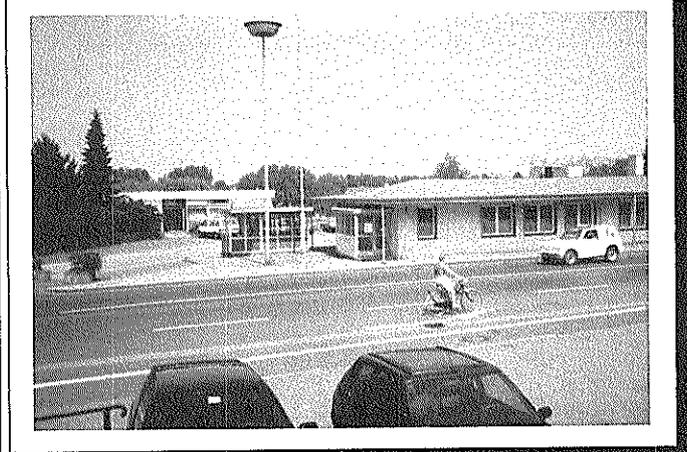


Doch noch ein Millionenprojekt ?

Wie bereits in der örtlichen Presse bekanntgegeben, hat die SPD die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten zur Wohnbebauung im Gebiet der ehemaligen Zollabfertigung an der Vaalser Grenze zu untersuchen. Mittlerweile liegen einige verheißungs-



die ohnehin schmale Einmündung zu einer erheblichen Gefahrenquelle. Nach SPD-Antrag wurde vor der Sommerpause in der Bezirksvertretung Laurensberg beschlossen, ein Halteverbot



Schaukasten am Steppenber

Die SPD setzte sich für das Aufstellen eines Schaukastens im Gebiet Steppenber ein; nun können alle Bürgerinnen und Bürger dieses

volle Skizzen vor. Wohnungssuchende in Aachen und Vaals werden wie die SPD die weitere Entwicklung dieses Projekts aufmerksam und wohlwollend weiter verfolgen.

Fünf Jahre SPD-Politik in Laurensberg

Fünf Jahre SPD-Politik für Laurensberg

Eine Bestandsaufnahme: z. B. Kindergarten und Schule

Laurensberg ist der Stadtteil in den Außenbezirken der Stadt Aachen, der das größte Schulangebot an weiterführenden Schulen aufzuweisen hat. Neben dem **Anne Frank-Gymnasium**, der **Heinrich Heine-Gesamtschule** beherbergt das **Schulzentrum Laurensberg** auch noch das **Abendgymnasium**, in dem Erwachsene sowohl die Fachhochschulreife als auch das Abitur nachholen können.

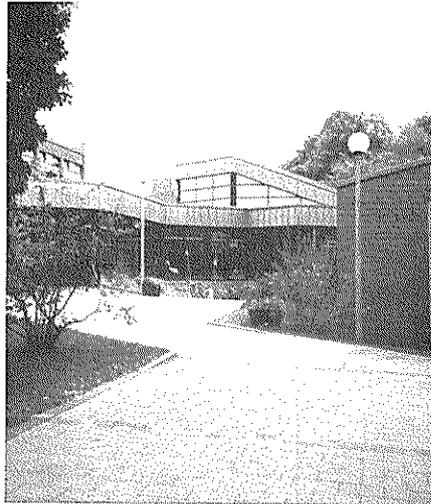


Alle Tagesschulen sind aus Vaalserquartier mit den Schulbussen gut zu erreichen. Kein Kind aus Laurensberg oder Vaalserquartier braucht in die Stadt zu fahren. **Alle Schulabschlüsse können in Laurensberg erworben werden.** Seitdem der Neubau des Schulzentrum im letzten Jahr eingeweiht werden konnte, sind auch alle Klassen der **Gesamtschule** in Laurensberg, kann dort ein geordneter Schulbetrieb durchgeführt werden. Aber nicht nur die weiterführenden Schulen wurden in den letzten Jahren von der rot-grünen Stadtratsmehrheit gefördert. Auch Grundschulen und Kindergärten wurden erweitert, modernisiert oder neu errichtet.

Grundschule Kullen

Im Februar 1990 stellte die SPD in der Bezirksvertretung Laurensberg den Antrag, die Verwaltung möge den Erweiterungsbedarf und die Erweiterungsmöglichkeiten beider Grundschulen in Vaalserquartier und Kullen untersuchen. Die Neubau- und Zuwanderungsgebiete in **Kullen** und

auf dem **Steppenber** verlangten nach unserer Meinung möglichst schnell wirksame Maßnahmen.



Nun ist die Erweiterung der **Grundschule Kullen** abgeschlossen; somit stehen der Schule 15 Räume zur Verfügung, die den Unterrichtsbetrieb (wenn auch vorübergehend unter Einbeziehung der Mehrzweckräume) durchführbar machen.

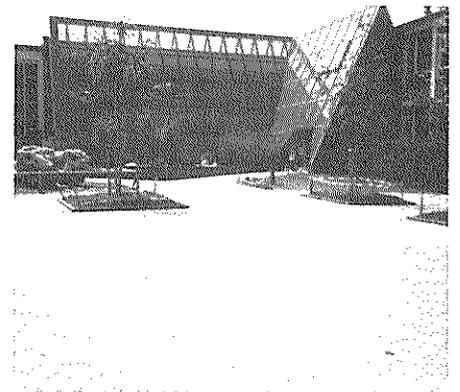


Kindergarten Steppenber

Am 7. Januar 1991 konnte er endlich seinen Betrieb aufnehmen: der neue Kindergarten am Steppenber. Nach dem sogenannten "Richterlicher Modell" erstellt, bot er zunächst 4 Gruppen eine angemessene Unterkunft, seit kurzem beherbergt er sogar eine fünfte Gruppe, die auf Antrag der SPD dort verbleibt, um den dringenden Bedarf zu decken, bis die neue Einrichtung hinter der Arche (Schurzelter Straße) fertiggestellt ist.

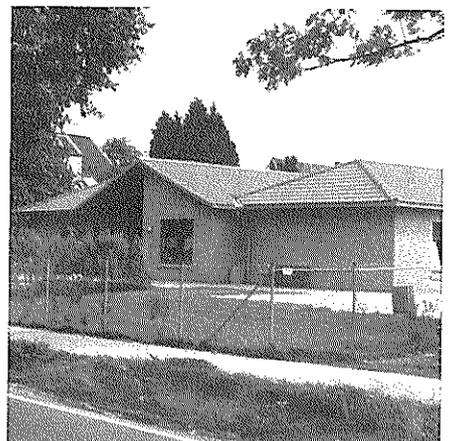
Grundschule Vaalserquartier

4 Millionen DM kostete die Erweiterung der Grundschule an der Keltenstraße. Hinzu kommen die Ausgaben für die Einrichtung neuer Räume und die Bereitstellung der Lehrmittel. Darüberhinaus wird der Schulhof im Zuge der Bebauung **An dem Knöpper** erweitert, so daß den vielen Kindern im Einzugsgebiet bald eine attraktive Schule zur Verfügung steht, in der es Spaß macht, zu lernen und sich aufzuhalten.



Kindergarten Schurzelter Str.

Im Sommer 1992 konnte auch der neue Kindergarten in **Laurensberg** seine Arbeit aufnehmen, wodurch auch in diesem Stadtteil ein hoher Versorgungsgrad erreicht wurde (Der **LaurensBürger** berichtete in seiner Nr 13 darüber). Der Kindergarten **An der Rahemühle** kann nun auch schnellstmöglich in Angriff genommen werden (Siehe auch S. 8)



Aktuelles aus Laurensberg und Vaalserquartier

Bolzplatz Steppenbergr

Seit Monaten kann der Bolzplatz für ein "richtiges" Fußballspiel nicht mehr genutzt werden, da ein Tor abgebaut wurde. Darüberhinaus gibt es oft genug Situationen, in denen der Platz aufgrund von Wasserlachen unbespielbar ist.

Die **SPD** hat nun beantragt, den Zustand des Platzes dauerhaft so herzustellen, daß Kinder dort die Tätigkeit ausüben können, für die der Platz einmal eingerichtet wurde.

Benjeshecken

Die seinerzeit angelegte "Grünanlage" zwischen **Gut Melaten** und **Rabentalweg** scheint einigen Mitbürgern und Mitbürgerinnen als Abfallplatz zu dienen.

Die **SPD**-Fraktion fragt nach, wer für die Sauberhaltung des Geländes verantwortlich ist; weiterhin ist sie der Meinung, daß die Verwaltung geeignete Schritte aufzeigen soll, um das Erscheinungsbild in dieser oft genutzten Ausflugsgegend dauerhaft zu verbessern.

Brunnenstraße

Die Grünfläche an der Brunnenstraße, die früher als Bolzplatz gedient hat und zeitweilig im Gespräch für eine Squashhalle war, ist leider auch zu einer Müllabladefläche verkommen und vermittelt einen ungepflegten Eindruck. Die **SPD** hat nun beantragt, die Fläche wieder so herzustellen, daß die Anwohner dort Erholung finden oder einer aktiven Freizeitgestaltung nachgehen können.

Fuß-Radweg am "HIT"

Seit einiger Zeit kann man von der Vaalser Straße einen separaten Weg entlang des Parkplatzes am Einkaufszentrum in Kullen zur Grundschule oder zur Kirche Philipp-Neri benutzen.

Es ist zu erwarten, daß sich im



Laufe der Zeit Trampelpfade von diesem Weg in Richtung "HIT" bilden; die **SPD** hat diese Entwicklung vorhergesehen und deshalb beantragt, "offizielle Abzweigungen" vorzusehen, um das Erscheinungsbild der Grünfläche zu erhalten und mögliche Gefahren von vornherein auszuklammern.

Die Verwaltung war nicht abgeneigt und wird in diesem Sommer die Gewohnheiten der Wegbenutzer beobachten, um dann eventuell den Vorschlägen der **SPD** zu folgen.

Verkehrssicherheit auf dem Steinbergweg

Der Steinbergweg (am Klinikum) wird einseitig fast vollkommen zugeparkt, so daß die verbleibende Verkehrsfläche sehr eng ist. Zwei entgegenkommende Fahrzeuge können einander nicht passieren. Da hier mehrmals Beinahe-Unfälle beobachtet werden konnten, schlägt die **SPD-Fraktion** vor, ähnlich wie bei der Einmündung Pauwelsstraße gegenüber der Einfahrt "2" des Klinikums ein Halteverbot einzurichten. Einerseits würden Ein- und Ausfahrten dort durch parkende

Fahrzeuge nicht behindert, andererseits würde sich hier eine Ausweichbucht bei Gegenverkehr ergeben. Beide Folgen dieser Maßnahme würden die Sicherheit auf dem Steinbergweg für alle Verkehrsteilnehmer erheblich erhöhen.

Eine Legislaturperiode geht zu Ende

Bericht vom letzten Tag der Bezirksvertretung Laurensberg

Die letzte Sitzung der **Bezirksvertretung Laurensberg** vor den Wahlen fand am 16. August 1994 statt. Obwohl die Tagesordnung (wieder) 27 Punkte umfaßte, wurde konzentriert beraten und beschlossen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Die Pflasterkissen im **Kreuzungsbereich Rathausstraße/Pannhauser Straße** bleiben! Wenn die **CDU** auch die Notwendigkeit bzw. Wirksamkeit dieser Verkehrsberuhigungsmaßnahmen nicht so ganz einsieht, kann man festhalten, daß sich die Geschwindigkeiten der Fahrzeuge in diesem Streckenabschnitt in erträglichem Rahmen halten und so die Gefährdung der vielen Schüler und Schülerinnen, die zur Erreichung der **Grundschule** oder den **Schulen des Schulzentrums** dort die Rathausstraße überqueren müssen, effektiv reduziert wurde.

Eine Verkehrsberuhigung des **Purweider Weges** wird baldmöglichst kommen. Die Verwaltung schlägt auch hier den Einsatz von Pflasterkissen vor; die **SPD** nahm die Anregung eines Anwohners auf und schlug das Markieren von alternierenden Parkzonen zur Geschwindigkeitsreduzierung vor. Im Verbund mit den ASEAG-Haltestellen sollten hier spürbare Verbesserungen für die Anwohner erzielt werden.

Durch die Bemühungen der **SPD-Landtagsabgeordneten** kann der Ersatz- und Erweiterungsbau des **Kindergartens An der Rahemühle** nun doch schnellstmöglich verwirklicht werden; neben den bereits bestehenden drei Gruppen sollen eine vierte und eine altersgemischte Tagesstättengruppe eingerichtet werden.

90 weitere Plätze werden durch den Neubau des **Kindergartens an der Schurzelter Straße in Kullen** geschaffen. Die Maßnahme ist bereits begonnen, die Fertigstellung wird für März 1995 erwartet.

Die Bezirksvertretung nahm die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Neben den Inhalten stand "Verabschiedung" im Mittelpunkt dieser letzten Sitzung vor den Wahlen. Bezirksvorsteher Günter Große wird in der kommenden Legislaturperiode der Bezirksvertretung nicht mehr angehören (siehe dazu auch Berichte in der lokalen Presse); die **SPD** verabschiedete **Dr. Heinz Sturm und Ingrid Rinke**, **Dr. Schlag** (Die Grünen) wird beruflich nach Dresden wechseln, drei weitere Mitglieder der CDU-Fraktion hören auf.

Fünf Jahre lang haben wir für die Interessen der Laurensberger Bürgerinnen und Bürger beraten, gestritten, diskutiert und entschieden. Auch wenn es die ein oder andere Kontroverse gab, konnten wir uns anschließend immer noch in die Augen sehen; so soll Kommunalpolitik sein, so macht sie Spaß.

Grenzübergang Vaals

Mitte August ging ein Aufschrei der Empörung durch die Bevölkerung in Vaalserquartier;

Der von vielen geschätzte Zebrastreifen, der vor allem Kindern und älteren Menschen die Überquerung der Vaalser Straße kurz vor der Grenze erleichtert hatte, war entfernt worden.

Jürgen Bartholomy, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, empfand diese Aktion der Verwaltung zu diesem Zeitpunkt zu Recht als Provokation: schließlich sollte am 18. August die Neugestaltung der Grenze im Verkehrsausschuß beschlossen werden. Bis dahin hätte die Verwaltung noch warten können.

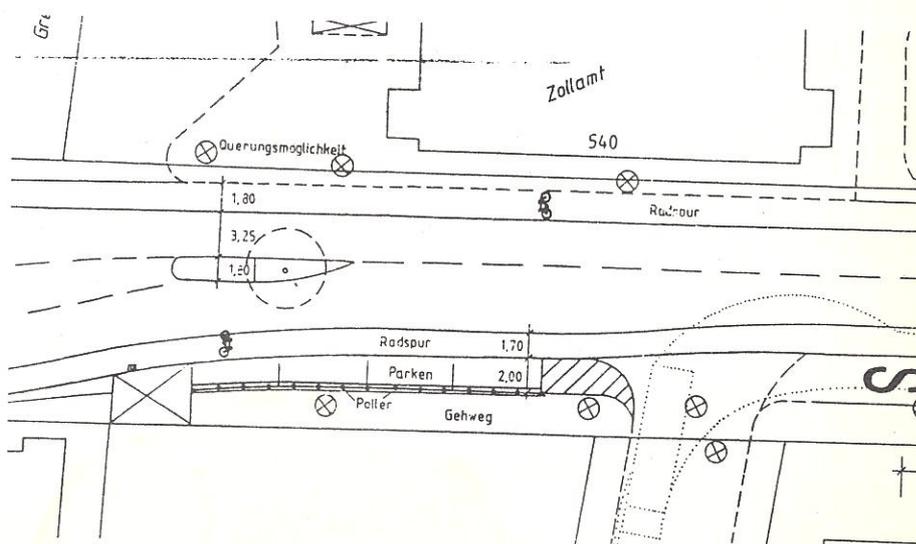
Wie Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mittlerweile festgestellt haben, ist mit den Umbaumaßnahmen nun begonnen worden.

Bei Redaktionsschluß des **Laurens-Bürgers** war bereits eine Querungshilfe in Form einer Mittelinsel im Bau. Eine zweite wird etwa in Höhe der Häuser 532/534 entstehen.

Darüberhinaus hat der Verkehrsausschuß die Ideen der **SPD-Laurensberg** aufgenommen und bindet die Radwege beidseitig an die vorhandenen Radspuren entlang der auf der niederländischen Seite gelegenen Maastrichterlaan an.

Auch die Sicherheit der Fußgänger wird dadurch deutlich erhöht; wo viele Menschen heute noch (meist mit Einkaufstüten und -taschen bepackt) nur einen schmalen Grat benutzen können, um die Grenze z.B. auf dem Weg zur Bushaltestelle zu passieren, wird es bald einen ausreichend breiten und mit Pollern geschützten Gehweg geben. Auch diese Maßnahme geht auf eine Anregung der **SPD-Laurensberg** zurück.

Klaus Becker, Ratskandidat der **SPD** in Vaalserquartier und langjähriges Mitglied der Bezirksvertretung Laurensberg, freut sich: "Der Umbau ist sicherlich keine "Frickelei", sondern basiert auf einem Gesamtkonzept, mit dem nach Fertigstellung alle gut leben können."

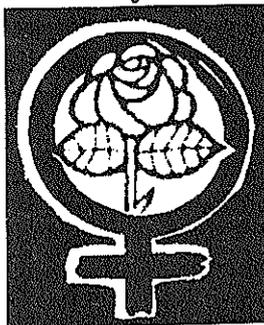


Frauen brauchen eine starke Lobby

Der Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion für ein Gleichstellungsgesetz:

Trotz des bisherigen Artikels 3, Abs.2, GG „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ gibt es die tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft bis heute nicht. Es ist einfach nicht wegzureden, daß Frauen zwar zwei Drittel der gesellschaftlichen Arbeit leisten, aber nur zu einem Drittel am Erwerbseinkommen beteiligt sind. Es muß gehandelt werden - gerade in Zeiten, in der Frauen vom Arbeitsmarkt gedrängt werden. Das lange Warten auf eine Änderung der gesellschaftlichen Bewußtseinsbildung muß ein Ende haben. "Frauen brauchen eine starke Lobby" - diese Lobby will die Sozialdemokratische Partei sein. Das Gleichstellungsgesetz der SPD - das diesen Namen verdient und den Frauen auch tatsächlich Rechte gibt - beinhaltet deshalb eine umfassende Frauenförderung im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.

Das beinhaltet der SPD-Entwurf:



Frauenförderungspläne

Der SPD-Entwurf verpflichtet Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in allen Betrieben und Dienststellen, unabhängig von der Größe, zur Frauenförderung. Ab mindestens 100 Beschäftigte müssen Frauenförderungspläne erstellt werden, die verbindliche Vorgaben zur Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen auf allen Ebenen enthalten.

Einstellungschancen

Wir wollen, daß Frauen bei Einstellung und Beförderung bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden. Damit bestimmt sich die Qualifikation ausschließlich an den Anforderungen der zu besetzenden Stelle, den Ausbildungsvoraussetzungen, den beruflichen Erfahrungen. Außerdem sollen spezifische Erfahrungen und Fähigkeiten, die durch Betreuung- und Pflegeaufgaben erworben wurden, soweit sie für die Ausübung der jeweiligen Tätigkeit nützlich sind, berücksichtigt werden.

Ausbildungsquote

Einführung einer Ausbildungsplatz-

quote (50:50) in Betrieben ab 50 Beschäftigte und Behörden.

Betriebs- und Personalräte verpflichtet, Gleichstellungsausschüsse zu bilden. In kleineren Betrieben - mit weniger als neun Betriebsratsmitgliedern - wird aus ihrer Mitte eine Frauenvertreterin gewählt.

Personalplanung

Bei der Personalplanung wird die Aufstellung von Personalplänen sowie die Vereinbarung und Durchführung von Frauenförderplänen mitbestimmungspflichtig.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Betriebs- und Personalräte sollen nach Vorstellung der SPD ein Mitbestimmungs- und damit ein Initiativrecht bei Maßnahmen und Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhalten.

Geschlechtsspezifische

Benachteiligung

Der SPD-Gesetzesentwurf verbietet



Die Aachener Bundestagsabgeordnete Ulla Schmidt hat maßgeblich am Gleichstellungsgesetzesentwurf der SPD mitgearbeitet.

Frauenbeauftragte

Freistellungsregelungen für die Frauenbeauftragte. Sie hat Mitwirkungs- und Initiativrechte mit der Möglichkeit, bei Nichteinigung mit der Arbeitgeberseite eine Vermittlungsstelle anzurufen.

Betriebs- und Personalräte

Betriebs- und Personalräte werden entsprechend dem Frauenanteil in der Belegschaft quotiert. In größeren Betrieben bzw. Behörden werden

geschlechtsspezifische Benachteiligungen; sie gelten als Ordnungswidrigkeit und werden geahndet. Schadensersatzansprüche von mindestens drei Monatsgehältern sind vorgesehen. Die Beweislastumkehr - wie sie in diesen Fällen so dringend notwendig ist - sieht der Entwurf vor.

Stellenausschreibung

Der Text muß so gestaltet sein, daß Frauen und Männer angesprochen

werden und daß er sich an die zu besetzende Stelle und die entsprechenden Anforderungen richtet. Deshalb ist ein Verbot der geschlechtsspezifischen Stellenausschreibung erforderlich.

Frauenförderung in der Privatwirtschaft

Dazu gehört auch, daß durch eine bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, die gezielte Frauenförderung betreiben, in der Privatwirtschaft zusätzlichen ein Anreiz für besondere Frauenförderaktivitäten gegeben werden soll.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

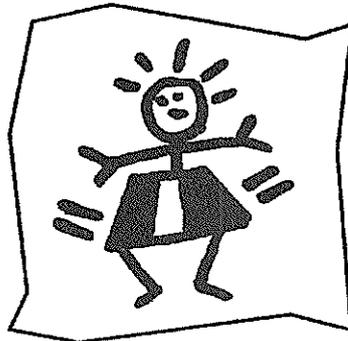
Für Sozialdemokraten ist die sexuelle Belästigung eine Verletzung des Arbeitsvertrages bzw. ein Dienstvergehen. Deshalb sind Arbeitgeber bzw. Dienstherr zu Schutzmaßnahmen verpflichtet. In Betrieben bzw. Dienststellen mit mehr als 50 Beschäftigten ist zur Durchführung von Beschwerdeverfahren eine Kommission einzurichten, da sich gezeigt hat, daß bisherige Beschwerden weder von Seiten der Arbeitgeber/Dienstherrn noch von Betriebs- und Personalräten intensiv genug nachgegangen wurde. Die von der SPD vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen gehen von der offiziellen Entschuldigung, über den Vermerk in der Personalakte, über die Androhung arbeits- bzw. dienstrechtlicher Konsequenzen bis hin zur fristgerechten Kündigung. Es stehen den Belästigten Schadensersatzansprüche zu, und auch hier wird von der SPD die Beweislastumkehr eingeführt.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Mann und Frau hat die SPD ein umfangreiches Reformwerk vorgelegt, das dem Gleichstellungsgrundsatz gerecht wird. Ein partnerschaftliches, familiengerechtes Miteinander erfordert nicht nur veränderte Lebensbedingungen und bessere, verkürzte Arbeitszeiten, sondern auch eine gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern auf allen Ebenen des Erwerbslebens.

Weitere Fragen beantwortet das Bundestagsbüro:

Ulla Schmidt, Heinrichsallee 52/54, Ac, Tel.: 53 66 40

Familienlastenausgleich: ungerecht und kompliziert



Man stelle sich einmal vor, in einem Gesetz steht: "Wer 2.500 DM im Monat verdient, bekommt für jedes Kind eine Steuerermäßigung von 65 DM. Wer 25.000 DM im Monat verdient, bekommt für jedes Kind eine Steuerermäßigung von 181 DM." Jeder würde meinen, da hätte sich ein Druckfehler eingeschlichen, und umgekehrt müsse es richtig sein. Denn wer wenig verdient, ist doch mehr auf staatliche Unterstützung für seine Kinder angewiesen als jemand, der viel verdient. Weit gefehlt. Dies alles ist höchst ungerecht. Aber kaum jemand merkt es, weil sich diese Ungerechtigkeiten hinter den komplizierten Regelungen des Einkommensteuerrechts verstecken. Bei dem verwirrenden Durcheinander von Kinderfreibetrag, -geld, -geldzuschlag und Einkommensgrenzen ist unser Familienlastenausgleich für die meisten Menschen ein Buch mit sieben Siegeln. Die SPD geht einen anderen Weg: Wir wollen **250 DM Kindergeld im Monat** vom ersten Kind an für jedes Kind. Kinderreiche Familien erhalten ab dem vierten Kind noch zusätzlich einen Zuschlag von 100 für jedes Kind. Um bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wollen wir das Kindergeld sofort mit der Steuerschuld verrechnen. Ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern zahlt demnach 500 DM weniger Steuern im Monat als sein Kollege nebenan, der keine Kinder hat. Wenn die Steuerschuld geringer ist als der Anspruch auf Kindergeld, bekommt er den Differenzbetrag ausbezahlt. Diese Reform ist unbüro-

kratisch und gerecht. Sie hilft vor allem den Millionen Normalverdienern, die jede Mark für ihre Kinder dringend brauchen können. Und diese Reform muß nicht an den knappen Kassen der öffentlichen Haushalte scheitern. Denn sie läßt sich ohne zusätzliche Belastung finanzieren, wenn der ungerechte steuerliche Kinderfreibetrag dadurch ersetzt und das Ehegattensplitting gekappt wird.

Rudolf Scharping:

Steuerlüge von 1990 darf sich nicht wiederholen

Der Beschluß der Bundesregierung, vor den Bundestagswahlen kein Steuerkonzept zu veröffentlichen, ist der Versuch einer großangelegten Wählertäuschung. Bundeskanzler Kohl hat nicht den Mut, der Bevölkerung zu sagen, daß die Regierungskoalition entscheidende Steuererhöhungen plant. Schon nach der letzten Bundestagswahl hat die Regierung entgegen den Versprechungen von Kohl Steuer- und Abgabenerhöhungen von jährlich 116 Milliarden DM beschlossen. Nach der jetzigen Entscheidung der Regierung Kohl/Kinkel ist eine Wiederholung dieser Steuerlüge offensichtlich beschlossene Sache. Der Bundeskanzler hat angekündigt, daß er die Unternehmersteuern senken will. Angesichts leerer öffentlicher Kassen drohen dadurch kräftige Steuererhöhungen für die große Mehrheit der Bevölkerung. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und das FDP-Wahlprogramm sehen dafür eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor. Damit sollen Verbraucher, Arbeitnehmer, Rentner und Sozialhilfeempfänger nach den Wahlen neue Steuerenkungen für Unternehmen bezahlen. Diese Steuerumverteilung wäre die Fortsetzung der ungerechten Politik der letzten Jahre.

Und der Bart bleibt dran!

Interview mit dem SPD Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping

LaurensBürger: Zu Beginn des Jahres sah alles nach einem klaren Wahlerfolg für die SPD aus. Nun heißt es, die Stimmung drei Monate vor dem Wahltag sei umgeschlagen. Hat der Herausforderer noch eine Chance?

Rudolf Scharping: Selbstverständlich: Deutschland braucht einen Machtwechsel und nur eine SPD-geführte

Bundesregierung bringt die Kraft auf, eine neue Politik durchzusetzen, die den Einzelnen wieder in den Mittelpunkt stellt. Es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern neuen Mut zu geben und ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Phantasie für einen gemeinsamen Neuanfang zu mobilisieren. Dafür brauchen wir eine ehrliche Eröffnungsbilanz, die Menschen in

Deutschland sind lange genug an der Nase herumgeführt worden. Ich habe allerdings nie erwartet, daß Helmut Kohl kampflos das Feld räumt; es heißt schließlich auch Wahlkampf und nicht Wahlspaziergang. Wir müssen uns jetzt auf die zentralen Themen unserer Reformpolitik konzentrieren und den Menschen deutlich sagen, was wir wollen.

LaurensBürger: Welches sind die zentralen Aussagen?

Rudolf Scharping: Willy Brandt hat einmal gesagt: "Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen." Daran halte ich mich. Es geht um den Dreiklang von Reformen in Deutschland: sichere Arbeit,

soziale Gerechtigkeit und eine gesunde Umwelt. Nur wer diesen Herausforderungen gerecht wird, kann die Zukunft sichern und den Menschen wieder eine Perspektive bieten.

LaurensBürger: Im vergangenen Jahr hieß es, der Standort Deutschland sei in höchster Gefahr, heute spricht die Regierung nur noch vom Aufschwung. Geht es wirklich wieder aufwärts?

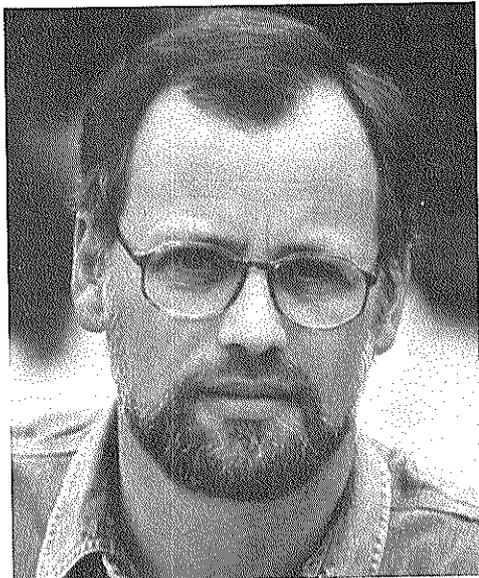
Rudolf Scharping: Ich wünsche uns einen soliden Aufschwung, wie das jeder vernünftige Mensch tut. Jetzt kommt es darauf an, die leichte wirtschaftliche Belebung

in die richtigen Bahnen zu lenken, damit ein Aufschwung daraus wird, von dem alle profitieren, der neue Beschäftigung schafft und bestehende Arbeitsplätze sichert. Wir brauchen dringend ökologisch verträgliches Wachstum, damit es mit Deutschland wieder bergauf geht -

die Bilanz nach zwölf Jahren Helmut Kohl ist verheerend: 2000 Milliarden Mark Staatsverschuldung - Höchststand; 2,3 Millionen Haushalte abhängig von Sozialhilfe - Höchststand; eine Pleitewelle vernichtet Handwerker und Selbständige - auch hier ist ein trauriger Höchststand erreicht.

LaurensBürger: Reformpolitik kostet Geld. Wird es mit einem Bundeskanzler Scharping weitergehen mit den Steuererhöhungen?

Rudolf Scharping: Wir haben ganz klar gesagt: Der Staat beansprucht zuviel von der Wirtschaftskraft unseres Landes. Die Steuer- und Abgabenlast darf nicht noch weiter erhöht werden,



wir müssen innerhalb des bestehenden Systems umschichten. Außerdem wird es Zeit, daß der Staat mit seinen Mitteln endlich sparsamer haushaltet. Darüber sollte der Finanzminister nachdenken und nicht, wie er schon wieder die Autofahrer zur Kasse bitten kann. Dafür liegen die Pläne bereits auf Theo Waigels Schreibtisch, eine Neuauflage der Steuerlüge von 1990 darf es aber nicht geben.

LaurensBürger: Themenwechsel: Wie beurteilen Sie das Urteil des Bundes-Verfassungsgerichtes zu den UNO-Einsätzen der Bundeswehr?

Rudolf Scharping: Das Urteil bringt Klarheit für die Politik und für die Soldaten und ihre Angehörigen, es bedeutet in mehrfacher Hinsicht eine Niederlage für die Bundesregierung. Vor allem hat sie keineswegs das Recht, allein über den Einsatz der Bundeswehr zu entscheiden. Karlsruhe hat klar gemacht, ob man darf. Aber die Politiker in Regierung und Parlament sind dafür verantwortlich, wie, wo und wann die Soldaten eingesetzt werden sollen. Und dabei hat die SPD eine klare Position.

LaurensBürger: Wie sieht die aus?

Rudolf Scharping: Wir sagen Ja zu allen Maßnahmen, die der Erhaltung des Friedens dienen, in der Regel sind dies nichtmilitärische Einsätze. Nichts, was dem Golfkrieg ähnelt, wird von der SPD mitgetragen.

LaurensBürger: Eine persönliche Frage zum Schluß: Man sagt Ihnen nach, Sie seien nüchtern und steif. Ärgert sie das?

Rudolf Scharping: Eines weiß ich genau: Bei diesen Charakterisierungen geht es nicht um mich. Wer Scharping schlägt, will die SPD treffen. Aber da machen wir nicht mit. Eines will ich aber gerne zugeben: Ich bin nicht der Flexibelste. Und das hat etwas mit meinem Rückgrat zu tun; in der deutschen Politik gibt es schon genug, die glauben, wenn sie sich in den Wind drehen, dann hätten sie schon Richtung und Programm.

LaurensBürger: Und der Bart...?

Rudolf Scharping: Der bleibt dran.

LaurensBürger: Herr Scharping, wir danken ihnen für dieses Interview.

Verkehrszeichen 325 StVO Spielstraße oder was?

Wer kennt es nicht, dieses Verkehrszeichen mit den spielenden Kindern? Aber wer weiß, was dahintersteckt? Es steht sowohl am Eingang von Straßen in reinen Wohnvierteln als auch vor stark befahrenen Durchfahrtsstraßen mitten in der Stadt (z.B. in der Komphausbadstr.), in denen man kaum spielende Kinder vermutet. **Was steckt dahinter?**

Das Verkehrszeichen 325 weist die Straße, an deren Eingang es steht, als **Verkehrsberuhigten Bereich** aus. Innerhalb dieses Bereiches gelten ganz bestimmte Regeln, die von kaum jemanden beachtet werden:

1. dürfen **Fußgänger** diese Straßen in ihrer ganzen Breite benutzen und **Kinder überall spielen**.
2. darf der Fahrer eines Fahrzeuges in diesem Gebiet **nur Schrittgeschwindigkeit fahren**. Das heißt
3. daß die Fußgänger weder gefährdet noch behindert werden dürfen. Wenn nötig muß das Fahrzeug anhalten.
4. **Spielende Kinder haben immer Vorrang**. Diese dürfen zwar
5. in diesen Straßen das **Parken nur auf dafür gekennzeichneten Flächen zulässig**. Nur zum Ein- oder Aussteigen, zum Be- oder Entladen darf auf diesen Straßen gehalten werden.
6. Wer einen Verkehrsberuhigten Bereich verläßt, muß den **querenden Verkehr** genau beachten, denn dieser hat **immer Vorfahrt**. Es gilt **keine rechts vor links Regelung**; der Verkehrsberuhigte Bereich hat den gleichen Stellenwert wie eine Grundstücksausfahrt.

Gerade in reinen Wohngebieten erscheint es uns notwendig, nochmals auf diese Regelungen hinzuweisen, denn viele Straßen werden nicht nur von Autos, sondern häufig auch von Wohnwagen zugeparkt, was für viele Kinder zu enormen Gefahrenquellen wird. Kaum ein Autofahrer hält sich in diesen Gebieten an das Schritttempo. Selbst **Tempo-30 ist hier zu viel**. Schritttempo heißt nämlich, daß man höchstens 8 km/h fahren darf. Aber wer hält sich schon daran?



"Die roten Socken der CDU"

Auszug aus einem Filmbericht von Christian von Ditfurth,
Volker Happe und Brigitte Venator

Moderator: (Klaus Bednarz): Unglaublich ist die Heuchelei, mit der zur Zeit die Diskussion um die [...] rot-grüne Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt geführt wird. Die Tatsache, daß diese Koalition auf die Duldung der SED-Nachfolgepartei PDS angewiesen ist, läßt mache CDU-Politiker geradezu Amok laufen...Dabei vergessen sie, daß

es die CDU ist, die durchsetzt ist mit Leuten, die zum Teil Jahrzehnte auf innigste mit der SED zusammengearbeitet haben - Mitglieder und Apparatschiks der SED-Blockparteien, die nun für die CDU nicht nur im Bundestag sitzen, sondern sogar in CDU-Landesregierungen Ministerposten bekleiden.

Bericht: ...Unter (den Abgeordneten des Deutschen Bundestages) sind viele, die ihre politische Karriere in der DDR begonnen haben. Einer von ihnen ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Junghanns. Junghanns war Mitglied der Demokratischen Bauernpartei Deutschland einer der vier DDR-Blockparteien. Auch die DDR-Blockpartei CDU unterstützte den realen Sozialismus... Die Block-CDU schloß in ihre Freundschaft nicht nur die SED, sondern auch das Ministerium für Staatssicherheit ein... Die Zusammenarbeit mit der Stasi bestätigt auch der letzte Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Frankfurt/Oder, Herbert Schirmer... Seit dem Vereinigungsparteitag von Ost- und West-CDU sind jene Blockparteimitglieder, die ihre Mitverantwortung für den realen Sozialismus fortwährend betont hatten, Mitglieder in der Kohl-Partei. Damit erbe die CDU nicht nur die Parteikasse der einstigen Blockpartei, sondern viele marxistisch-leninistisch geschulten Funktionäre. Im Deutschen Bundestag sitzen heute 39 CDU-Abgeordnete, die ihre politische Laufbahn in DDR-Blockparteien begonnen haben [hier nennt der Bericht jetzt mehrere Namen]

| CDU Total | Blockfl öten | % |
|----------------|-----------------|---------------|
| Bund (Ost) | 67 | 39 58,2 |
| Berlin (Ost) | 20 | 11 55 |
| Brandenburg | 29 | 25 86,2 |
| Mecklenburg-V. | 30 | 21 70 |
| Sachsen Anhalt | 44 | 29 65,9 |
| Sachsen | 92 | 67 72,8 |
| Thüringen | 44 | 23 52,3 |
| total | 326 | 215 66 |

Altaktivisten der Blockparteien sitzen zuhauf auch in den ostdeutschen Landtagen, zum Beispiel in Thüringen. Dort stellen sie die Mehrheit der CDU-Abgeordneten.

Moderator: Menschenbild und Weltanschauung der SED stehen dem der demokratischen Parteien diametral entgegen. Das erklärte heute CDU-Generalsekretär Hintze. Schön wäre es, wenn seine Partei daraus auch die Konsequenzen ziehen würde.

Oberbürgermeister Dr. Jürgen Linden: "Aachen ist zu schade, um wieder schwarz zu werden."

Wir dokumentieren im nachfolgenden auszugsweise die Rede, die Oberbürgermeister Dr. Jürgen Linden beim Besuch des Saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine auf dem Aachener Marktplatz gehalten hat.

In den letzten vier Jahren haben wir einen wichtigen Schritt in die Zukunft getan - und wir können heute - trotz schwieriger Begleitumstände - eine Bilanz vorlegen, die sich sehen lassen kann.

Wir Sozialdemokraten haben

- die Stadt lebensfreundlich und den Verkehr umweltgerecht gestaltet;
- Wohnen wieder zum Grundrecht gemacht;
- Freizeitangebote und Kultur für alle, vor allem für die Familien mit Kindern und Jugendlichen verwirklicht
- das hohe Potential an Forschung und Wissenschaft genutzt, damit neue Arbeitsplätze entstehen können.

Heute ist Aachens Zukunft ohne Grenzen.

Wir sind die wirtschaftsfreundlichste Stadt der Bundesrepublik. Internationale Fachjournalisten [...] nehmen Aachen als Vorbild für den gelungenen wirtschaftlichen Umbruch in der wiedervereinigten Bundesrepublik. Die Ansiedlung von Ford-Europa oder amerikanischen Firmen wie United Technologies, der Neubau des Technologie-Zentrums oder des Medizintechnologischen Zentrums, das europäische Robot-Zentrum Mechatronik und vieles andere mehr bestätigen, daß die Richtung stimmt. 30.000 neue Arbeitsplätze konnten binnen kurzem geschaffen werden. Der Umbruch von der ehemaligen Montanunion zur Drehscheibe des europäischen Technologie-Transfers ist sichtbar - und die Grenzen des technologischen Wachstums sind noch lange nicht erreicht. [...]

Wir Sozialdemokraten sind die Partner der Unternehmen, aber auch vor allem die Partner der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Wo andere lautstark durch die Gegend schwafeln, haben wir gehandelt.

Aachen ist als ökologische Stadt der Zukunft ausgezeichnet worden. Wir Öcher wissen: die Stadt ist lebens- und liebenswert für uns, auch für die aber-tausend Besucher. Wer unser Aachen madig macht, wer gegen uns pole-

misiert und sogar Ärger plakatiert, der kann kein Öcher sein und hat auch die Öcher nicht verstanden. Wer mit offenen Augen hier herumgeht, erkennt, daß bei uns Mensch und Natur Vor-fahrt haben. Er erkennt eine Politik, die die guten Lebensbedingungen auch für unsere Kinder und Enkel erhalten will. Das bedeutet in vielem Wandel - auch in der Verkehrspolitik.

Freie Fahrt für freie Bürger war, ist und bleibt auch in Zukunft falsch. Wer die Straßenbahn abgeschafft und die Innenstadt mit Parkhäusern zugekleistert hat, wer leistungsfähige Umgehungen verschlafen

und P+R nicht mal in den 80er Jahren gekannt hat, der hat schon in der Vergangenheit so viele Fehler gemacht, daß man ihm in

naher Zukunft nicht noch einmal Verantwortung anvertrauen darf. Das Rezept: Zurück in die Verkehrspolitik der 60er Jahre ist fatal. Wer meint, in Aachen den Hansemann zu unter-tunneln, die Alleen autogerechter zu gestalten, den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs zu unterbinden und die Bevorrechtigung von rund 160.000 Busfahrenden am Tag allein im inneren Grabenring wieder aufzuheben, der kennt sich entweder in der Kommunalpolitik noch nicht lange aus oder hat keine Ahnung davon, wie jenseits des Kaninsbergs andere Städte aussehen.

Ich stehe dazu: Wir wollen Umweltbelastungen abbauen und zukünftige vermeiden. Aachen soll mit der Natur einen Generationenvertrag für die Zukunft schließen. [...]

Wir haben bei allen Baumaßnahmen das Prädikat "kinderfreundlich" zum Maßstab unseres Handelns gemacht. In den letzten vier Jahren sind 25 Mio. DM allein in den Neubau von Kindergärten investiert worden. Wir haben ein differenziertes Angebot für ein mehrgliedriges Schulsystem erhalten, einige Gymnasien und Realschulen, zudem etliche Grundschulen erweitert und lassen vor allem die Jugendlichen nicht allein, die Probleme beim Berufseinstieg haben. Bildung zählt in Aachen - und Kultur ist Teil unserer Lebensqualität. Das Forum, unser neustrukturiertes Theater, Welterfolge von Musicals und Kultursommer - das hat auch zu einem neuen Klima in unserer Stadt geführt, einem Klima, das andere so schnell nicht mehr mit der mittelständischen Provinzialität belegen können. Aachen ist eine weltoffene, eine internationale, natürlich eine zentrale



Sichtlich wohl fühlt sich Dr. Jürgen Linden inmitten seiner Laurensberger Parteiliebe (rechts Klaus Becker, Ulla Schmidt, Dr. Meino Heyen, Karl Schulheis)

europäische Stadt. [...] Und wenn die Opposition auch tausendmal das Gegenteil behauptet, Aachen ist TGV-Haltepunkt, weil man in der Brüsseler Kommission erkannt hat, daß an Aachen kein Weg vorbeiführt.

Manchmal würde ich mich freuen, wenn diese ewigen Cassandra-Rufer, die Schwarzmalter und Nörgler, die Berufsoponenten und Ausgrenzer bei all' dem, was sie tun, ein wenig mehr daran denken würden, daß wir alle für Aachen Verantwortung tragen. [...]

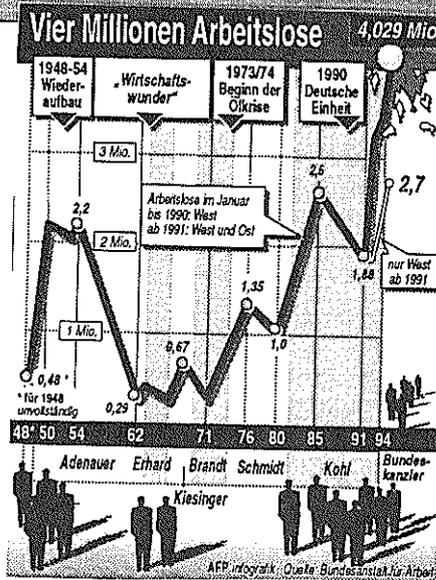
Wir wollen mit Phantasie und Professionalität an die Fragen der Zukunft herangehen und Aachen zu einem Zentrum im neuen Europa der Regionen formen.

Unser Konzept stimmt. Laßt es uns beharrlich fortsetzen - für unsere Stadt, für unser Aachen.

Die Fakten sprechen gegen Kohl:

Unter Kanzler Kohl: Arbeitslosenrekord

Noch nie war die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach dem Krieg so hoch wie zur Zeit unter der Regierung Helmut Kohl. Trotz leichter Belebung der Nachfrage aus dem Ausland waren bislang im Jahresschnitt 1994 rund 400.000 Menschen mehr arbeitslos als im Vorjahr. Arbeitsmarktexperten gehen von einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit 1994 von rund vier Millionen aus. Das ist die höchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Nach Schätzungen von Fachleuten fehlen in Deutschland insgesamt rund sechs Millionen Arbeitsplätze. Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist zur Zeit nicht in Sicht.



Niedergang des sozialen Wohnungsbaus

Der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Achim Großmann (Würselen), erklärt:

Bis 1982 wurden jährlich durchschnittlich 140.000 Sozialwohnungen gebaut. Von 1983 bis 1991 durchschnittlich 70.000. Die Bundesregierung hat bis 1988 die direkte öffentliche Förderung bezahlbarer Wohnungen nahezu vollständig eingestellt, die Gemeinnützigkeit der Wohnungsunternehmen abgeschafft und versucht, den klassischen sozialen Wohnungsbau völlig auszutrocknen, indem sie das Geld vorwiegend in neue Förderwege mit Bindungen unter zehn Jahren lenken will. Die Folgen nehmen dramatische Ausmaße an: Hatten wir 1987 noch ca. 4 Millionen Sozialwohnungen, so sind es heute nur noch 2,5 Millionen. Diese Entwicklung setzt sich fort, da jährlich etwa 150.000 Sozialwohnungen vorzeitig aus der Bindung fallen. Auch dies eine Folge Kohl'scher Sozialpolitik: Sie kürzte in den achtziger Jahren die Bindungsfristen für den sozial gebundenen Wohnraum im Fall einer frühzeitigen Rückzahlung der öffentlichen Mittel. Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklung setzt die Regierung noch eins drauf und will die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von derzeit knapp 3,5 Mrd. DM

auf 2,8 Mrd. DM für 1995 kürzen. Kohl & Co. lassen den sozialen Wohnungsbau "verrotten"!

Der Wechsel in Deutschland

W '94
SPD

Der Bundeskanzler bricht sein Versprechen

Der Bundeskanzler bricht sein Versprechen, Hilfe für den Osten nicht zu Lasten des Südens zu geben: Die Zusagen an Afrika wurden von 1,53 auf 1,33 Mrd. DM gekürzt. Die Bundesregierung gibt 20 Mio. DM für Entwicklungsprojekte in Somalia aus - aber 200 Mio. DM innerhalb eines halben Jahres für den Bundeswehreininsatz in dem Land. So kann Kohl die Fluchtursachen Bürgerkrieg, Hunger und Armut nicht bekämpfen.

Telefonkette der Aachener Senioren

Vor allem, wenn Sie sich einsam fühlen, keinen Kontakt mit anderen Mitmenschen haben oder um Ihre Sicherheit besorgt sind, sollten Sie sich der Telefonkette der Aachener Senioren anschließen. Die Initiative zu dieser Telefonkette soll besonders diejenigen ansprechen, die keinen größeren Bekanntenkreis haben und darum Freunde suchen, wenn auch leider zunächst nur über Kabel.

Sie werden sehen, so ein freundliche Anruf am Morgen belebt den ganzen Tag und stimmt sofort ein wenig fröhlicher. Zudem hat man auf diese Weise täglich auch jemanden an der Strippe, wenn Hilfe nötig ist.

Wer an dieser Aktion teilnehmen möchte, wende sich bitte an die Leitstelle Älter werden in Aachen, Tel. 432 50 28 oder direkt in Laurensberg an Lilo Weindl, Tel.: 17 46 62, Sandweg 41. Lilo Weindl ist Mitglied des Seniorenbeirates der Stadt Aachen. Es besteht natürlich die Absicht, an alle Interessierten ein Merkblatt mit allen notwendigen Informationen zu verschicken und diese auch zu einem Gespräch einzuladen.

Mit der AWO unterwegs

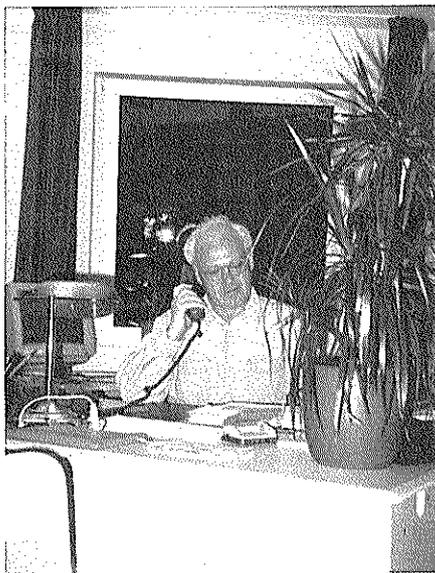
30 Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt Laurensberg führen nach einer Woche im Willi-Eichler-Haus in Bad Münstereifel vergnügt und ausgeruht wieder nach Hause.

Alles hatte sich rundum gut angelesen; das Wetter spielte mit, so daß man sich jeden Tag im Freien aufhalten konnte.

Auch die Referate kamen an und wurden lebhaft diskutiert. Themen waren die Euregio, die EU nach dem Eintritt neuer Mitglieder, aber auch der ECU war genauso ein Gesprächsthema wie die Chip-Karte der Krankenkasse und die Durchführung der Pflegeversicherung, die im nächsten Jahr ansteht. Ein wenig politisch und nostalgisch war die Erinnerung an Aachen, wie es früher war. Der neue Geschäftsführer der AWO Kreis Aachen wies aber umso mehr auf die Aufgaben hin, die es nach seiner Vorstellung gilt, in der Zukunft anzupacken.

SPD - Hotline in Laurensberg

In den wenigen Monaten, in denen **Dr. Meino Heyen** zum Ratskandidaten der SPD in Laurensberg nominiert wurde, hat er schon viele Gespräche geführt und Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Laurensberg wichtige Hilfe und Tips geben können.



Wenn auch Sie Anregungen oder Hinweise haben oder Hilfe benötigen, wenden Sie sich an **Dr. Meino Heyen**. Der Ratskandidat der SPD in Laurensberg ist auch gerne zu einem Hausbesuch bereit. Rufen Sie ihn an unter der

Tel.Nr.: 17 13 73

Impressum:

**Herausgeber: SPD Ortsverein
Laurensberg**

Redaktion: Klaus Becker,
Gaby Debye- Göckler, Toni
Göckler (verantwortlich),
Dr. Meino Heyen, Lilo
Weindl, Heiner Wimmershoff
Redaktionsanschrift:
LaurensBürger, Steppenber-
allee 92, 52074 Aachen
Auflage: 5.000

Wer rechts wählt, verdient keine Entschuldigung

SPD für Bündnisse gegen die REP - Verheugen schreibt an die Parteien

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Günter Verheugen, hat die demokratischen Parteien zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die rechtsextremen "Republikaner" aufgefordert. Verheugen schlug in einem Brief seinen Amtskollegen von CDU, CSU, FDP und Bündnis90/Grüne vor, gemeinsame Aktionsbündnisse gegen die REP im Wahlkampfjahr in allen Orten, in denen die REP auftreten wollen, zu bilden. Die bisherigen Reaktionen auf REP-Veranstaltungen hätten häufig in Gewalt geendet. Das dürfe nicht sein. "Die demokratischen Kräfte müssen zusammenstehen", betonte der

Neonazis unterstützen die REP

Die neonazistische "Nationale Liste", gegen die ein Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht vorliegt, hat in einem bundesweiten Aufruf zur Wahl der "Republikaner" aufgerufen. Die Neonazis erklärten, sie erwarten schon nach kurzer Zeit die ersten Rechtsabweichler in den Reihen der REPs (...). Diese "Rechtsabweichler der REPs werden in Zukunft die Stimme im Bundestag sein, mit der wir uns zu Wort melden."

SPD fordert konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus

Fast täglich werden rechtsextreme Gewalttaten verübt. Die rechtsextremen Täter schrecken selbst vor Mord längst nicht mehr zurück. 2.232 rechtsextreme Gewalttaten wurden 1993 verübt. Die SPD fordert bereits seit 1982, den Rechtsextremismus endlich so ernsthaft zu bekämpfen wie dies in der SPD-Regierungszeit unter Helmut Schmidt mit der Bekämpfung des Terrors der RAF geschehen ist. Für die Auseinandersetzung mit den rechtsextremen "Republikanern" im Wahlkampf hat der Parteivorstand der SPD Materialien erstellt, die angefordert werden können. **Die Adresse lautet: SPD-Parteivorstand, Ag Rechtsextremismus, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn**

REP-Schlaglichter

Am 9. März 1993 starb in Mülheim an der Ruhr ein 56-jähriger Türke nach einer "Scheinexekution" durch zwei REP-Mitglieder an einem Herzinfarkt. Beim stellvertretenden Vorsitzenden des REP-Kreisverbandes Herford (NRW) wurden 1992 von der Polizei **Waffen, Munition und Propagandamaterial** der neonazistischen Organisation NSDAP-AO und der inzwischen verbotener "Nationalistischen Front" gefunden. Die "Republikaner" mußten daraufhin ihren Kreisverband auflösen. Der stellvertretende Landesvorsitzende der REP in Hessen, Bernhard Klysch, prius als Professor an der Fachhochschule Dortmund im Sommer 1993 die **Industriepolitik Hitlers als "perfektes Marketing"** an.

Im Juni 1993 wurde der Leipziger Soziologieprofessor Günter Bernhard, der zuvor 30 Jahre strammes SED-Mitglied war, Vorsitzender der REP-Sachsen. Im Juli 1993 brachten die REP eine **illegal hergestellte Telefonkarte** heraus. Motiv: Franz Schönhuber.

Im März 1993 wurde bekannt, daß der REP-Kreisverband Frankfurt seine **Geschäftsstelle in einer zweckentfremdeten Wohnung** im Frankfurter Norden unterhielt.

Im März 1993 mußte der Vorsitzende der "Jungen Republikaner" in Baden-Württemberg und Mitarbeiter der REP-Landtagsfraktion zurücktreten, nachdem das ARD-Fernseh-Magazin "Report" berichtet hatte, daß der REP-Jungfunktionär 1992 wegen eines **Brandanschlages auf ein Pforzheimer Jugendzentrum** rechtskräftig verurteilt wurde.

Der REP-Kreisvorsitzende in Ludwigs-hafen wurde 1992 wegen **gefährlicher Körperverletzung** verurteilt: Er hatte im Haus der Jugend einen Jugendlichen mit einem Baseballschläger zusammengeschlagen.

Im Februar 1993 legte der REP-Kreisverband Groß-Gerau (Hessen) dem Kreiswahlleiter **gefälschte Unterschriftenlisten** zur Zulassung der **REP-Wahlliste** vor. **Martina Rosenberger, langjährige Schönhuber-Vertraute** und Spitzenfunktionärin der REP und **Udo Bösch, Bundesorganisationsleiter der REP**, verliessen im Mai 1994 die Partei. Sie

Silbenrätsel

Liebe Rätselfreunde!

Wählen gehen SPD war die richtige Lösung unseres Silbenrätsels in Heft 15. Der Preis geht diesmal nach Alt-Laurensberg: **Wir gratulieren Frau Henriette Havenith, Ackerstr. 23 zum Gewinn der Aachen - Karte.**

Neue Aufgabe und neuer Lösungsweg

Zwei richtungsbestimmende Wahlen stehen vor der Tür: Bundestags- und Kommunalwahl. Angesichts dieser wichtigen Entscheidungen fällt das Silbenrätsel diesmal ein wenig länger aus. **Gesucht wird eine die Bundestagswahl betreffende und aus vier Wörtern bestehende Lösung, die für Aachen und die SPD sehr erfreulich wäre.**

Suchen Sie - am einfachsten mit Hilfe der Silben - die unter 1 bis 27 umschriebenen Begriffe, deren Anfangsbuchstaben in der gleichen Reihenfolge die Lösung ergeben.

Neuer Preis und Einsendeschluß

Mit Blick auf die Länge des Silbenrätsels und die Bedeutung der Wahlen loben wir **nicht nur eine Aachen Karte aus, sondern für den Fall, daß die gesuchte Lösung Wirklichkeit wird,**

2 x



Sie, liebe Leserin, lieber Leser, haben es nun in der Hand, über die Anzahl der Preise mitzubestimmen, und selbst eine Aachen - Karte zu gewinnen, wenn Sie **Ihre Lösung spätestens am Wahltag, dem 16. Oktober absenden an:**

LaurensBürger
c/o Toni Göckler
Steppenbergallee 92
52074 Aachen

Silben

ab - ak - an -an -au -ar -be - bec - ben - bot - ca - christ - ci - de - de - de - den - den - den - der - der - die - dolf - don - drei - en - en - en - em - er - fa - ga - gän - gi - gis - grün - halt - hei - hey - i - in - kar - ker - klaus - kra - kreis - la - la - län - le - li - li - li - lich - lin - ma - märk - maus - mei - mi - mo - mo - na - nen - nen - ner - ners - ni - nie - nis - no - o - o - on - ons - park - pe - pen - pid - ping - ra - re - re - ri - ro - rot - ru - sach - sach - schar - sche - schutz - sen - sen - si - sper - ta - tag - tal - tal - te - te - ten - ter - ti - ti - to - trans - tur - ty - u - um - und - urft - weg - welt - woh - zo - zungs -

Gesuchte Begriffe

1. Tag, an dem der Aachener Wochenmarkt stattfindet, 2. Zugtyp der Bahn, der im Zweistundentakt Aachen mit Großstädten in Ostdeutschland verbindet, 3. Farbzusammenstellung der Ratsmehrheit, die in den letzten fünf Jahren erfolgreich in Kommunalpolitik in Aachen gemacht hat, 4. Name der **Kölner Lebens- und Arbeitsgemeinschaft für Verzweifelte und Obdachlose**, die als eine der beiden Preisträgerinnen den Aachener Friedenspreis 94 erhalten hat, 5. SPD-Ratskandidat für den Wahlkreis Vaalserquartier/Kullen/Steppenbergl (Vor- und Zuname), 6. Früchte, die in den letzten Wochen oft unter falscher Herkunftsbezeichnung verkauft wurden, 7. SPD-Ratskandidat für den Wahlkreis Laurensberg/Soers (Vor- und Zunamen), 8. In der Pontstraße gelegener Veranstaltungsraum, in dem unter anderem auch die Festlichkeiten zur Verleihung des Aachener Friedenspreises stattfinden (Zwei Wörter), 9. Bundesland, in dem im Frühjahr die SPD unter Gerhard Schröder die absolute Mehrheit errungen hat, 10. Zum Dreiländereck führende Straße in Vaalserquartier mit herrlicher Aussicht über Vaals und Aachen, 11. Gebiete der Innenstadt, in denen das Abstellen von Autos im Straßenraum überwiegend den Anliegern vorbehalten ist, 12. Umstrittenes Hochgeschwindigkeitsprojekt zwischen Hamburg und Berlin, 13. Fahrkarte der ASEAG, mit der bis zu fünf Personen den ganzen Tag in Aachen Bus fahren können, 14. Talsperre der Eifel, die mit dem Rursee in Verbindung steht, 15. Von einer SPD-geführten Bundesregierung geplante Steuer, die im Gegensatz zu dem von der konservativen Regierung vorgesehenen Solidarzuschlag für alle Einkommensbezieher nur von Besserverdienenden erhoben werden soll, 16. SPD-Kanzlerkandidat (Vor- und Zuname), 17. Einer der **zehn guten Gründe**, SPD zu wählen, 18. Aachens populärer SPD-Oberbürgermeister (Nachname), 19. Fremdwort für die Zeit zwischen zwei Bundestagswahlen, 20. An die Eifel angrenzendes Mittelgebirge in Belgien, 21. Ostdeutsches Bundesland, in dem nach Wahlerfolgen in diesem Jahr die SPD eine rot-grüne Koalition anführt (Doppelname), 22. Konservative deutsche Volkspartei, in der Nazigrößen nach dem Krieg hohe politische Ämter bis hin zum Bundeskanzler übernehmen konnten (drei Wörter), 23. Erste deutsche, der SPD angehörende Ministerpräsidentin (Vor und Zuname), 24. Verband der Aachener Einzelhändler, der zwar heftig gegen die Verkehrspolitik der rot-grünen Ratsmehrheit wettet, sich aber nicht schämt, 950,- DM für die Finanzierung des Buspendelverkehrs zu den P&R-Parkplätzen anlässlich des Aachener Stadtfestes zu verweigern (vier Wörter), 25. Land der Europäischen Union, in dem ein konservativer Ministerpräsident eine Regierungskoalition mit Neofaschisten gebildet hat, 26. Endhaltestelle der Linien 7, 27 und 37 aus Richtung Laurensberg, 27. Große Aachener Waggonfabrik! In der Soers befindet sich eine gleichnamige Straße.